

Stefanie Bung, Wahlkreiskandidatin der CDU in Wilmersdorf, fordert, dass bei dem Rückkauf der 20.000 Wohnungen von der Vonovia an das Land Berlin die Künstlerkolonie in der Gartenstadt Wilmersdorf aufgrund ihrer kultur-historischen Bedeutung berücksichtigt wird. Der Fokus muss durch sozialverträgliche Mieten wieder stärker auf die Belegungsbindung gerichtet werden.

Die heute unter Denkmalschutz stehende Künstlerkolonie ist eine Siedlung aus Alt-Berliner Miethäusern mit wunderschönen bepflanzten Innenhöfen (deshalb auch Gartenstadt). Sie beginnt südlich von Wilmersdorf am Breitenbachplatz und wird durch die Straßen Laubenheimerer Straße, Kreuznacher Straße und Südwestkorso begrenzt.

Die Initiative zur Gründung der Künstlerkolonie im Jahr 1927 geht auf die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger (GDBA) und den Schutzverband deutscher Schriftsteller zurück. Um finanziell nicht gut gestellte Kulturschaffende zu unterstützen, wurde die Siedlung mit 900 Wohnungen erbaut. Dabei stand von Anfang an die Zweckbindung im Vordergrund, dass der Wohnraum zu sozial adäquaten Mieten nur an Schauspieler oder Schriftsteller vermietet werden durfte. Diese Zweckbindung des Wohnraums für Kulturschaffende mit niedrigem Einkommen besteht auch heute noch.

In den Jahren ab 1933 wurden zahlreiche Künstler der Kolonie verhaftet. Auf dem Laubenheimer Platz (heute Ludwig-Barney-Platz) wurden im Rahmen der Pogrome auch zahlreiche Bücher verbrannt. Hier steht auch das Mahnmal für die politisch verfolgten Künstler der Kolonie.

Bekannte Bewohner der Kolonie waren u.a. Ernst Bloch, Ernst Busch, Steffi Spira, Susanne und Wolfgang Leonhard.

Erst im Jahr 1952 fiel die Künstlerkolonie zurück an die GEHAG und wurde 1994 und wurde im Zuge des Verkaufs von diversen Miethäusern an private Wohnungsgenossenschaften an die Vonovia verkauft.

Beim nun geplanten Rückkauf von 20.000 Wohnungen von Vonovia an Berlin sollte neben Großsiedlungen in sozialen Brennpunkten auch die Künstlerkolonie wieder in Landeseigentum übergehen.